

Anfragen zum Plenum in der 4. Kalenderwoche

Verzeichnis der Fragenden mit Fragen (alphabetisch)

Benjamin Adjei
(BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, auf welche konkreten Spielregeln sich die Tech-Konzerne im Rahmen der Bayern-Allianz gegen Desinformation mit dem Staatsministerium für Digitales bzw. Herrn Staatsminister Dr. Fabian Mehring geeinigt haben (bitte alle auflisten), welche konkreten Verpflichtungen bzw. Leistungen bieten die teilnehmenden Unternehmen Bayern im Kampf gegen Desinformation (bitte auflisten nach Unternehmen und zugehöriger Leistung) und welche Konsequenzen gibt es seitens der Staatsregierung bei Nichteinhaltung der Spielregeln, Verpflichtungen oder vereinbarten Leistungen für die Unternehmen der Bayern-Allianz?

Horst Arnold
(SPD)

Vor dem Hintergrund von Berichten, dass die Staatsregierung prüft, inwiefern der Kauf von Gutscheinen mithilfe der Bezahlkarte für Geflüchtete technisch ausgeschlossen werden kann, frage ich die Staatsregierung, inwieweit eine solche Prüfung tatsächlich stattgefunden hat, derzeit stattfindet oder noch stattfinden wird (unter Nennung des Ergebnisses einer solchen Prüfung), welche Schlussfolgerungen bzw. Konsequenzen aus der Überprüfung gezogen wurden/werden und auf welcher Grundlage der Ausschluss von Gutscheinen rechtlich überhaupt erlaubt wäre?

Jörg Baumann
(AfD)

Nach einem Beschluss des Bundesverfassungsgerichts (BVerfG) sind Teile des Polizeigesetzes Nordrhein-Westfalens, die Befugnisse der Polizei bei längerfristigen Observationen betreffen, nicht mit dem Grundgesetz vereinbar, weshalb ich die Staatsregierung frage, ob diese Verfassungswidrigkeit auch das Polizeiaufgabengesetz der Bayerischen Polizei betrifft und bis wann das Staatsministerium des Innern, für Sport und Integration eine Änderung vorlegen will?

Johannes Becher
(BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Vor dem Hintergrund, dass mit der etwa 9,5 Kilometer langen Ost-West-Verbindung zwischen der B 388 und der Flughafentangenten-Ost eine straßenseitige Verkehrsanbindung des östlichen Landkreises Erding an den Flughafen München geschaffen werden soll, der vor allem wegen des neuen Fliegerhorst-Stadtteils erhebliche Bedeutung für die Planungen der Stadt Erding zu-

kommt (der Durchgangsverkehr soll deswegen als Nordumfahrung um die Stadt herumgeführt werden), und mit Blick darauf, dass 2014 das Planfeststellungsverfahren startete, 2021 das Staatliche Bauamt Freising, das die Planung im Auftrag des Landkreises Erding bearbeitet, eine erste Tektur nachlegte, aktuell Einsprüche geprüft werden und bis Ende 2024 die Planfeststellung abgeschlossen sein soll, frage ich die Staatsregierung, wie der aktuelle Verfahrensstand ist, ob die Staatsregierung den Kostenansatz von 63,5 Mio. Euro, der auf der Internetseite des Staatlichen Bauamts genannt wird und aus dem Jahr 2019 stammt, noch für realistisch hält und wie hoch der Finanzierungsanteil vom Freistaat Bayern sein wird?

Franz Bergmüller
(AfD)

Ich frage die Staatsregierung, welche Tatbestandsmerkmale der CSU-Parteikollegen der Bundesebene aus deren Konzept „Wer straffällig wird, fliegt.“ Schwerverbrecher und Gefährder sollen konsequent abgeschoben oder in unbefristete Abschiebehaft genommen werden, wenn eine Rückführung nicht möglich ist.“¹ wird die Staatsregierung auf Landesebene nicht unterstützen, da diese bereits zuvor im Remigrationskonzept der AfD² enthalten waren, und ist die Aussage von Teilnehmern der Sitzung des Ausschusses für Inneres und Heimat des Bundestags zutreffend, dass viele Abschiebemöglichkeiten an den Bundesländern als auch an der Staatsregierung scheitern, da diese z. B. in der aktuellen Legislatur der Bundesregierung nicht alle ihr von der Bundesregierung zur Verfügung gestellten Plätze für Abschiebungen per Flugzeug genutzt hat (bitte alle durch Bayern ungenutzt gelassenen Sitze in Flugzeugen in dieser Legislatur chronologisch aufschlüsseln), und welche Änderungen plant die Staatsregierung, um die genannten Forderungen der CSU-Parteikollegen der Bundesebene auf Landesebene angesichts der Tatsache auch praktisch umsetzen zu können, dass die Bevölkerung Bayerns schon in der laufenden Legislatur die Erfahrung machen musste, dass die Staatsregierung die im Bildzeitungsartikel zitierten Ziele praktisch gar nicht umsetzt?

Cemal Bozoğlu
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, wie viele Durchsuchungsmaßnahmen im Zuge der Ermittlungen gegen die „Patriotische Union“ bzw. die „Gruppe Reuß“ seit dem 07.12.2022 in Bayern vollzogen wurden (bitte nach Datum, Ort und Art der durchsuchten Objekte aufschlüsseln), wie viele Gegenstände in diesem Kontext sichergestellt wurden (bitte Art der sichergestellten Gegenstände angeben) und wie viele Ermittlungsverfahren seitens des Generalbundesanwalts an bayerische Generalstaatsanwaltschaften abgegeben wurden (bitte Anzahl, Alter und Geschlecht der Beschuldigten nennen)?

Florian von Brunn
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, welche Bahnhöfe in Bayern (derzeit) nicht barrierefrei sind (bitte mit Angabe der Gesamtzahl der

¹ vgl. <https://www.bild.de/politik/inland/neues-csu-papier-zu-migration-wer-kein-geld-verdient-soll-abgeschoben-werden-6776e2b60195b908c1899420>

² <https://afdbayern.de/remigration-ist-machbar-pressemitteilung-des-landesverbands-bayern-der-alternative-fuer-deutschland/>

Bahnhöfe im Freistaat), an welchen Bahnhöfen gibt es (derzeit) keine funktionierenden Toiletten und welche konkreten Initiativen haben die Staatsregierung und die Bayerische Eisenbahngesellschaft ergriffen, um Probleme wie nicht vorhandene Barrierefreiheit, das Fehlen von Toiletten z. B. am Bahnhof in Wolfratshausen seit 2023 oder die bekannten fehlerhaften Ansagen (von Haltestellen) in den S-Bahn-Fahrzeugen der Baureihe 424 bei der S-Bahn München, zu lösen (bitte mit Angabe des konkreten Inhalts und Datums der Maßnahme oder Initiative)?

Dr. Markus Büchler
(BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, wie der aktuelle Stand der Planung des Regionalzughalts Poccistraße ist, warum unterstellt die Bayerische Eisenbahngesellschaft im Wettbewerbsverfahren Rosenheimer Kreuz (ROX) nur Halte der Züge der Linie RE 5 (München – Rosenheim – Salzburg), nicht aber der Linie RB 54 (München – Rosenheim – Kufstein) am neuen Regionalzughalt Poccistraße und inwieweit sind Halte des RE 4 (München – Mühldorf (Oberbay) – Simbach) und der RB 40 (München Hbf – Mühldorf (Oberbay)) des Liniensterns Mühldorf geplant?

Kerstin Celina
(BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Angesichts der Unterstützung der Kampagne „Dry January“ vonseiten verschiedener Akteure, u. a. des Sucht- und Drogenbeauftragten der Bundesregierung, frage ich die Staatsregierung, in welcher Weise sie die Kampagne „Dry January“ unterstützt, mit welchen finanziellen Mitteln förderte die Staatsregierung die Suchtberatungsstellen im Freistaat in den letzten fünf Jahren (bitte nach Regierungsbezirken aufschlüsseln) und wie steht die Staatsregierung zu der Kritik des VPP (Verband der psychologischen Psychotherapeutinnen und Psychotherapeuten, Mitglied im Bundesverband Deutscher Psychologinnen und Psychologen), dass beim 3. Stakeholdertreffen „Suchtgrundsätze Bayern“ im Staatsministerium für Gesundheit, Pflege und Prävention am 07.06.2024 keine Maßnahmen zum Entgegenwirken eines hohen und steigenden Alkoholkonsums in den Fokus genommen wurden³?

³ Vgl. <https://vpp.org/cms/extra/27-aktuelles/1320-stakeholdertreffen-suchtgrunds%C3%A4tze-bayern-am-bayrischen-gesundheitsministerium>

Maximilian Deisenhofer
(BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Vor dem Hintergrund, dass nach dem im November 2014 in Kraft getretenen § 4 Abs. 4 Bremisches Gebühren- und Beitragsgesetz (BremGebBeitrG) bei Veranstalterinnen und Veranstaltern für den polizeilichen Mehraufwand bei gewinnorientierten, erfahrungsgemäß gewaltgeneigten Großveranstaltungen mit mehr als 5 000 Personen eine Gebühr erhoben wird, welche nach dem Mehraufwand zu berechnen ist, der aufgrund der Bereitstellung zusätzlicher Polizeikräfte entsteht, frage ich die Staatsregierung in Anlehnung an dieses „Bremer Modell“ und in Bezug auf das Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 14.01.2025⁴, wie viele „Hochrisikospiele“ – auch „besonders gefährdete Spiele“ oder „Rotspiele“ genannt – sich in den vergangenen fünf Jahren an bayerischen Fußballstandorten ereignet haben, wie hoch liegen dabei jeweils die geschätzten Kosten für den polizeilichen Zusatzaufwand und beabsichtigt die Staatsregierung in Anlehnung an das „Bremer Modell“, künftig eine Gebühr für den polizeilichen Mehraufwand zu erheben?

Rene Dierkes
(AfD)

Ich frage die Staatsregierung, wie viele Corona-Bußgeldverfahren seit der Ankündigung von Ministerpräsident Dr. Markus Söder in Bayern eingestellt wurden, wie viele Corona-Bußgeldverfahren sind noch offen und wie hoch ist der Gesamtbetrag der Bußgelder, die davon betroffen sind?

Katrin Ebner-Steiner
(AfD)

Ich frage die Staatsregierung, wie viele ausreisepflichtige Ausländer mit Stichtag 31.12.2024 in Bayern leben, wie viele dieser Ausländer sind vollziehbar ausreisepflichtig und wie hoch ist (zum genannten Stichtag) die Gesamtzahl aller Ausländer in Bayern, die einen Schutzstatus oder eine Duldung besitzen (Bitte nach jeweiligem Status auflisten)?

Martina Fehlner
(SPD)

Nach der Mitteilung an die Landschaftspflegeverbände, dass ihre Mittel massiv, nämlich rund um die Hälfte ihres Haushaltsvolumens, gekürzt werden, frage ich die Staatsregierung, wie sich die Mittelkürzung auf das Ziel der Staatsregierung auswirkt, bis 2040 55 000 ha Moore wieder zu vernässen, und ferner, welche Auswirkungen die Kürzung auf das Biodiversitätsprogramm 2030 und den Bayerischen Streuobstpakt hat?

Christiane Feichtmeier
(SPD)

Nachdem 2015 der damalige Heimatminister Dr. Markus Söder die Verlegung der Rechtspflegerschule von Starnberg nach Pegnitz verkündete, frage ich die Staatsregierung, was der aktuelle Stand der Verlegung ist, bis wann die Verlegung abgeschlossen sein soll und ob es Planungen für die Verwendung des in Starnberg frei werdenden Grundstückes gibt?

Patrick Friedl
(BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Nachdem das Bayerische Klimaschutzgesetz in Art. 3 Abs. 2 seit der Novelle Ende 2022 vorsieht, dass die „Staatskanzlei sowie die Staatsministerien [...] bis 2023 klimaneutral sein“ sollen und hierzu die Daten aus der Startbilanz für das Bilanzjahr 2021 für die klimaneutrale Staatsregierung 2023 aktualisiert werden sollten (so

⁴ https://www.bundesverfassungsgericht.de/SharedDocs/Entscheidungen/DE/2025/01/rs20250114_1bvr054822.html?nn=68080

das Staatsministerium für Umwelt und Verbraucherschutz laut Vollzugsbericht vom 23.01.2024), frage ich die Staatsregierung, wie sich die Treibhausgasemissionen der einzelnen Staatsministerien in den Jahren 2022, 2023 und 2024 entwickelt haben im Verhältnis zur Startbilanz 2021 (bitte CO₂-Äquivalente nach Jahren, nach Scope 1 – 3 und möglichst auch nach Staatsministerien angeben und tabellarisch ausweisen), wie gestaltet sich das Verhältnis der Reduktion der Treibhausgasemissionen in der Staatskanzlei sowie den Staatsministerien zu den Ausgleichsmaßnahmen, z. B. mittels Kompensationszertifikaten im Goldstandard in den Jahren 2021, bis 2024 (bitte Art und Menge der Kompensation der Restemissionen im Verhältnis zur erfolgreichen Reduktion von Treibhausgasemissionen in Prozent und Mengen angeben) und bis wann will die Staatsregierung eine echte Klimaneutralität nahezu vollständig herstellen, sodass dafür dann der Kauf und die Stilllegung von Klimazertifikaten zur Kompensation überflüssig wird?

Mia Goller
(BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Vor dem Hintergrund der im Entwurf zum Nachtragshaushaltsplan 2025 bekannt gegebenen Kürzungen der Ausgaben für Naturschutz und Landschaftspflege, die u. a. Fördermittel für Landschaftspflegeverbände betreffen, frage ich die Staatsregierung, welche Projekte je Landkreis in Niederbayern für Landschaftspflegemaßnahmen sich im laufenden Verfahren befinden, welche davon weiterhin konkret wie bisher gefördert werden und wie sich die Bereitstellung von Landesmitteln zur Förderung von Landschaftspflegemaßnahmen in Niederbayern in den letzten fünf Jahren entwickelt hat?

Sabine Gross
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, wie sie das Interesse der Kommunen für das Erlassen von Zweckentfremdungssatzungen gemäß des Zweckentfremdungsgesetzes (ZwEWG) seit dem Inkrafttreten seiner aktuellen Fassung im Jahr 2017 bis heute einschätzt?

Volkmar Halbleib
(SPD)

Nach Berichten über exorbitante Steigerungsraten des illegalen Glücksspiels in Deutschland in der jüngsten Vergangenheit frage ich die Staatsregierung, wie sich das finanzielle Volumen des illegalen Glücksspiels in Bayern in den vergangenen 10 Jahren entwickelt hat, wie hoch sind die daraus resultierenden jährlichen Steuerausfälle und welche Maßnahmen gegen illegales Glücksspiel hat die Staatsregierung bereits ergriffen bzw. wird sie noch ergreifen?

Andreas Hanna-Krahl
(BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, in wie vielen stationären Einrichtungen die Ausstattung der Bewohnerinnen- und Bewohnerzimmer mit einem WLAN-Anschluss vorhanden ist, anhand welcher Kriterien werden die Mittel der angekündigten WLAN-Strategie zur Digitalisierung in Pflegeeinrichtungen verteilt und bis wann geht die Staatsregierung davon aus, dass WLAN-Anschlüsse überall verfügbar sind?

Ludwig Hartmann
(BÜNDNIS 90/DIE

Ich frage die Staatsregierung, wie oft in den letzten 10 Jahren vonseiten des Staatsministeriums des Innern, für Sport und In-

GRÜNEN)

tegration kommunale Rats- oder Bürgerbegehren beanstandet, verändert oder zurückgewiesen wurden?

Christian Hierneis
(BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, wann die Veröffentlichung und Vorstellung der Machbarkeitsstudie zur zukünftigen Nutzung der Liegenschaft Strafjustizzentrum an der Nymphenburger Straße, deren Veröffentlichung und Vorstellung für das Ende des zweiten Quartal 2024 angekündigt wurde (siehe Drs. 19/744), erfolgt ist (bitte Machbarkeitsstudie beifügen oder zusenden), welche Auswirkungen haben die Verzögerungen bei der Fertigstellung des Neubaus des Strafjustizzentrums am Leonrodplatz auf die Nachnutzung des Strafjustizzentrums an der Nymphenburger Straße und in welcher Form will sich die Staatsregierung in diesem konkreten Fall dafür einsetzen, dass staatliche Immobilien ohne zwischenzeitlichen Leerstand weitergenutzt werden, um damit der angespannten Situation auf dem Münchner Immobilienmarkt entgegenzuwirken?

Claudia Köhler
(BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, in welcher Höhe Mittel des Bundes für Maßnahmen im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes (GAK) im Vollzug des Naturschutzes 2023 und 2024 von Bayern abgerufen und kofinanziert wurden (in Prozent der zur Verfügung gestellten Mittel), in welcher Höhe wirkt sich die Erhöhung der Haushaltssperre von 10 Prozent auf 15 Prozent auf die Kofinanzierung von Bundesmitteln aus und in welcher Höhe können gegebenenfalls in diesem Bereich Ausgabereste aus dem Jahr 2024 ins das Jahr 2025 übertragen werden?

Florian Köhler
(AfD)

Ich frage die Staatsregierung, welche Wahrnehmungen sie in Bezug auf die Änderung der Risikoeinschätzung des Robert-Koch-Institutes (RKI) zum COVID-19-Virus auf „hoch“ im März 2020 hat, wann wusste der Ministerpräsident von der Vorbereitung bzw. dem Inhalt der neuen Risikobewertung und hat die Staatsregierung Wahrnehmungen, die Aufschluss darüber geben, auf wessen Signal für die Veröffentlichung dieser Bewertung das RKI gewartet hat (laut der RKI-Sitzungsprotokolle vom 16.03.2020)?

Sanne Kurz
(BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, ob das in Frankfurt ansässige Schiedsgericht nach Kenntnis der Staatsregierung zur Klärung strittiger NS-Raubgut-Fälle auch für solche Fälle zuständig sein wird, in denen Kulturgut nicht direkt von öffentlichen Stellen der NS-Diktatur geraubt wurde, sondern im Verdacht steht, nach 1938 unter Zwang – auch wirtschaftlichem Zwang – respektive in einer Notlage im Exil abgegeben oder veräußert worden zu sein, selbst wenn die Verkäufe im Ausland nach einer Flucht stattgefunden haben, falls Maßnahmen und Abläufe des Schiedsgerichts heute noch nicht definiert sind, wann werden Nachfahren von Kunsthändlerinnen und Kunsthändlern Klarheit erlangen über die Zuständigkeit und Verfahrensweise des Gerichts, insbesondere in Bezug auf Verkäufe, die unter Not im Ausland stattgefunden haben, und wie bewertet die Staatsregierung die Kritik von Opferverbänden, insbesondere die verfolgter jüdischer Kunsthändler,

nach der Einführung der Schiedsgerichtsbarkeit mit schlechteren Restitutionsaussichten rechnen zu müssen?

Eva Lettenbauer
(BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, welche Maßnahmen sie ergreift, um den Ausbau von Photovoltaikanlagen auf den Dächern der Gebäude im Eigentum des Freistaates voranzutreiben, inwieweit wird dabei die Verpachtung der Dächer an lokale Bürgerenergiegenossenschaften berücksichtigt und welche Erfahrungen hat die Staatsregierung bisher mit der Verpachtung von staatlichen Dachflächen an Bürgerenergiegenossenschaften gemacht?

Oskar Lipp
(AfD)

Da Ministerpräsident Dr. Markus Söder am 18.01.2025 in einem Interview mit der Welt am Sonntag äußerte, „Söder plädiert mit Blick auf die EU sogar dafür, den gesamten ‚Green Deal‘, das umfassende Klimaschutzkonzept Ursula von der Leyens, aufzuheben“, frage ich die Staatsregierung, ob es eine offizielle Forderung der Staatsregierung ist, den Green Deal der EU aufzuheben, falls nein, welche konkreten Aspekte des Green Deals der EU möchte die Staatsregierung für die Wirtschaft und Bürger jeweils aufheben oder beibehalten und aus welchen konkreten Gründen sollen diese jeweiligen Aspekte des Green Deals der EU nach Ansicht der Staatsregierung für die Wirtschaft und Bürger jeweils aufgehoben oder beibehalten werden?

Roland Magerl
(AfD)

Ich frage die Staatsregierung, wie viele Schwangerschaftsabbrüche in Bayern im Jahr 2024 durchgeführt wurden, wie hat sich die Zahl der Schwangerschaftsabbrüche in Bayern im Vergleich zu den letzten 5 Jahren entwickelt und welche Altersgruppen waren in Bayern im Jahr 2024 am häufigsten betroffen?

Gerd Mannes
(AfD)

Ich frage die Staatsregierung, wie viele als islamistische Gefährder bzw. Hassprediger eingestufte Personen mit doppelter Staatsangehörigkeit derzeit in Bayern leben, bei wie vielen der o. g. Personen wird ein Entzug der deutschen Staatsangehörigkeit vorbereitet und wie vielen der o. g. Personen wurde die Staatsangehörigkeit bereits entzogen?

Johannes Meier
(AfD)

Ich frage die Staatsregierung, auf welchen konkreten Beweisen basiert die Aussage von Herrn Staatsminister Dr. Fabian Mehring, die Plattform X (vormals Twitter) sei zur „gigantischen Fake-News-Maschine“ verkommen (im Sinne des Fakten-Checks mit der Bitte um konkrete Belege), wie steht die Staatsregierung in ihrer Gesamtheit zu den Bewertungen und Aussagen von Herrn Staatsminister Dr. Fabian Mehring hinsichtlich der Plattform X und wie stellt Herr Staatsminister Dr. Fabian Mehring und seine sog. „Bayern-Allianz“ sicher, dass auch in den traditionellen bayrischen (Print-)Medien ein Faktencheck stattfindet und Desinformation verhindert wird?

Ruth Müller
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, warum das Landratsamt Freising das Ziel der CSU-FW-geführten Staatsregierung, den Ökoanteil landwirtschaftlich genutzter Fläche bis 2030 auf 30 Prozent auszubauen, konterkariert, indem es dem Landwirtehepaar [REDACTED] verbietet, ihren ökologischen Schweinestall in Vieh-

bach, Landkreis Freising, den sie seit 2019 betreiben, ab dem 17.02.2025 weiterzuführen, obwohl der Betrieb beim zuständigen Amt für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten ordnungsgemäß angemeldet wurde und obwohl dort bis 2001 bereits Schweinehaltung betrieben wurde, und warum zieht sich die Baugenehmigung seitens des Landratsamtes Freising für einen neuen Tierwohlstall außerhalb des Ortes in die Länge, obwohl das Landwirthehepaar die fertigen Pläne zur Genehmigung bereits vor einigen Monaten beim Landratsamt eingereicht hat und sich das zuständige Amt für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten bereits für eine Privilegierung des Bauvorhabens ausgesprochen und seine Stellungnahme dazu, in der es auch die Wirtschaftlichkeit des Betriebs bestätigt hat, bereits Ende August 2024 an das Landratsamt übermittelt hat?

Verena Osgyan
(BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, an welchen Stellen im Nachtrags- haushalt die zugesagte Förderung der Ukrainischen Freien Uni- versität (UFU) zu finden ist, welche Höhe diese Förderungen ausweisen und welche dauerhafte finanzielle Förderung der UFU grundsätzlich vonseiten der Staatsregierung geplant ist?

Tim Pargent
(BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Bezugnehmend auf die Antwort zur Schriftlichen Anfrage vom 17.10.2024 zur „Übermittlung der Grundsteuermessbeträge“ (Drs. 19/3896) frage ich die Staatsregierung, wie viele Grund- steuermessbescheide bis zum 31.12.2024 an die bayerischen Kommunen übermittelt wurden (bitte in absoluten Zahlen und als prozentualer Anteil an der Gesamtzahl der zu erlassenden Be- scheide angeben), welche konkreten Maßnahmen ergreift die Staatsregierung, um die beabsichtigte Aufkommensneutralität bei den Hebesätzen der Kommunen zu überprüfen, und wie viele bayerische Kommunen haben ihre neuen Grundsteuerhebesätze bereits festgelegt und öffentlich bekannt gegeben (bitte als abso- lute Zahl und als prozentualen Anteil an der Gesamtzahl der baye- rischen Kommunen angeben)?

Julia Post
(BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, wie sie mit Blick auf die zukünftig einseitig mögliche Anrufbarkeit einer Schiedsgerichtsbarkeit für strittige Fällen von NS-verfolgungsbedingt entzogenem Kulturgut, insbesondere aus jüdischem Besitz, deren Errichtung von Bund und Ländern bei einem Spitzengespräch im Frühjahr 2024 beschlossen wurde und die ab 2025 faire und vor allem rechtssi- chere Lösungen finden soll, die kommunalen Spitzenverbände in Bayern dabei unterstützen will, zu erreichen, dass alle öffentli- chen Einrichtungen, die Kulturgut bewahren – also auch die, die in kommunaler bzw. bezirklicher Verantwortung liegen und somit alle öffentlich-rechtlich verfassten Träger der in Rede stehenden Institutionen – gegenüber der Allgemeinheit („ad incertis per- sonas“) eine Willenserklärung abgeben, mit jeder Anspruch stel- lenden Person in das vorgesehene Schiedsverfahren zu gehen und sich dabei auf Dauer zu binden („stehendes Angebot“) und somit eine Schiedsgerichtsbarkeit erst praktisch möglich zu machen, will die Staatsregierung dadurch, dass Förderrichtlinien des Freistaates

zukünftig eine Zeichnung des stehenden Angebots – also eine dauerhafte Willenserklärung – verbindlich machen, erreichen, dass sich auch weitere, z. B. private und/oder öffentlich geförderte Akteurinnen und Akteure, die Kulturgut bewahren, sich dieser Willenserklärung und dauerhaften Bindung anschließen, und welche Unterstützungsleistungen soll es vonseiten des Freistaates für Kommunen, Bezirke und/oder gemeinnützige freie bzw. öffentlich geförderte Kulturinstitutionen, Stiftungen etc. geben, um der Verantwortung, die der Freistaat Bayern in Bezug auf die NS-Vergangenheit hat, gerecht zu werden und vor allem in diesen Zeiten knapper Kassen die Kosten, die sowohl in Bezug auf die Schiedsverfahren wie auch in Bezug auf die Schiedsergebnisse u. a. auf Kommunen und gemeinnützigen freien Kulturinstitutionen etc. zukommen?

Anna Rasehorn
(SPD)

Nach der Mitteilung an die Landschaftspflegeverbände, dass ihre Mittel massiv, nämlich rund um die Hälfte ihres Haushaltsvolumens, gekürzt werden, frage ich die Staatsregierung, wie viele und welche Projekte der Landschaftspflege aktuell zur Genehmigung vorliegen und aufgrund der Kürzung nun nicht mehr bewilligt werden und wie viele Mitarbeitende von Landschaftspflegeverbände aufgrund der Kürzung jetzt in Kurzarbeit gehen müssen?

Doris Rauscher
(SPD)

Nachdem der Präsident des Bayerischen Gemeindetags, Uwe Brandl (CSU), fordert, darüber nachzudenken, den Betreuungsschlüssel in Kitas abzusenken, um mehr Kinder pro Fachkraft zu erlauben, frage ich die Staatsregierung, wie sie sich hinsichtlich der Forderung, den empfohlenen Anstellungsschlüssel für Kitas in Bayern abzusenken, positioniert, welche Maßnahmen ergreift die Staatsregierung, um eine Absenkung der Qualität in bayerischen Kindertageseinrichtungen zu verhindern, und gibt es Bestrebungen, einen gegenteiligen Weg zu gehen und die Betreuungsqualität – insbesondere den empfohlenen Anstellungsschlüssel – weiter zu verbessern?

Markus Rinderspacher
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, was waren die konkreten Gründe für die Absage des Konzerts des BR-Symphonieorchesters unter der Leitung von Herbert Blomstedt im Januar 2025 im Münchner Herkulessaal, welche konkreten Bauerhaltungsmaßnahmen und Modernisierungen haben in den letzten 10 Jahren am und im Herkulessaal stattgefunden (bitte nach Jahren, Baumaßnahmen und Kosten aufgeschlüsselt angeben) und welche konkreten Bauerhaltungsmaßnahmen und Modernisierungen müssen am und im Münchner Herkulessaal im Konkreten durchgeführt werden (bitte mit Angaben von jeweiligen Kosten und möglichem Zeithorizont der Durchführung)?

Harry Scheuenstuhl
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, wie viele Stellen notwendig sind, um alle auf die unteren staatlichen Behörden der Landratsämter und kreisfreien Städte übertragenen Aufgaben in angemessenem Zeitrahmen zu erfüllen, wie viele dieser Stellen sind derzeit (Stichtag 01.01.2025) nicht besetzt und welche Gründe sind ge-

geben, aus denen diese Stellen nicht besetzt sind bzw. werden?

Franz Schmid
(AfD)

Ich frage die Staatsregierung, wie die Kostenerstattung für unbegleitete minderjährige Ausländer und junge erwachsene Ausländer, die Jugendhilfeleistungen über das 18. Lebensjahr hinaus erhalten, durch den Freistaat an die Bezirke erfolgt, wie wird diese Kostenerstattung in der Verwaltungspraxis angewandt und welche spezifischen Verfahren und Nachweise sind dabei erforderlich?

Toni Schuberl
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, welche Erkenntnisse sie aus dem Modellprojekt zur Erprobung von Springerkonzepten in der Langzeitpflege zieht, plant die Staatsregierung, hier zukünftig erneut Fördermittel bereitzustellen, und wann ist mit der Präsentation der Evaluationsergebnisse des Projekts im Ausschuss für Gesundheit, Pflege und Prävention zu rechnen?

Stephanie Schuhknecht
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, ob bisher Zwischenergebnisse zur Klärung von Werken mit unbekannter Provenienz auf LostArt veröffentlicht wurden (wenn ja bitte die konkreten Werke benennen, wenn nein, bitte begründen warum Zwischenergebnisse nicht öffentlich zugänglich gemacht werden), bei welchen Werken beziehungsweise bei welchen Bemühungen der Provenienzforschung erfolgte bislang keine Veröffentlichung von Zwischenergebnissen und welche Vorgaben existieren für die Veröffentlichung von Zwischenergebnissen (bitte mit Angabe, ob es Werke gibt, bei denen die Veröffentlichung von Zwischenergebnissen bereits verpflichtend ist)?

Katharina Schulze
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, wie sie zur Übertragung des Eigentums eines Teils der Bahninfrastruktur auf die Bundesländer, die ausschließlich für den Regionalverkehr genutzt wird, wie das der Schleswig-Holsteinische Landtag unter Drucksache 20/2474 (neu) vorgeschlagen hat, steht, welche Voraussetzungen müssten aus Sicht der Staatsregierung für eine solche Regionalisierung von Schieneninfrastruktur erfüllt sein und mit welchen anderen Maßnahmen könnte aus Sicht der Staatsregierung der Einfluss des Freistaates auf den Infrastrukturausbau und die Infrastrukturqualität regionaler Schieneninfrastruktur erhöht werden?

Florian Siekmann
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, welche Kenntnisse über die landesweiten Beschaffungsprogramme für Feuerwehrfahrzeuge in anderen Bundesländern vorliegen, wie hoch schätzt die Staatsregierung aktuell den Beschaffungsbedarf im Bereich Feuerwehrfahrzeuge für die bayerischen Feuerwehren ein und welche gemeinsamen Standards bestehen für diese Beschaffungen in Bayern im Allgemeinen?

Ulrich Singer
(AfD)

Ich frage die Staatsregierung, welche allgemeine Grundlage dafür verantwortlich ist, dass ehemalige Mitarbeiter staatlicher Einrichtungen (wie z. B. Museen) nach deren Renteneintritt nicht weiterhin bzw. erneut in einer geringfügigen Beschäftigung angestellt werden, um welche Rechtsprechung bzw. gesetzliche Vorgaben handelt es sich hierbei und unter welchen Umständen ist ein der-

artiges Beschäftigungsverhältnis möglich?

Ursula Sowa
(BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, wie lange die absolute Aufenthaltsdauer aller in der AEO/Ankerzentrum Bamberg wohnhaften Personen zum heutigen Stichtag war (bitte aufgeschlüsselt nach Personen im/nach Asylverfahren und Personen, die einen Antrag nach § 24 Aufenthaltsgesetz stellen, Angabe der Aufenthaltsdauer in Monaten), wie viele Gebäudeeinheiten bzw. Bettplätze waren im Jahr 2024 als Gemeinschaftsunterkunft (nicht Unterkunftsplatz im Rahmen der Erstaufnahme) deklariert und wie waren die Gesamtbelegungszahlen der AEO/Ankerzentrum Bamberg seit 2015 jeweils zum Ende des Monats (bitte aufgeschlüsselt nach Personen im/nach Asylverfahren und Personen, die einen Antrag nach § 24 Aufenthaltsgesetz stellen, Angabe der Zu- und Abgänge pro Monat)?

Martin Stümpfig
(BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, wie hoch die staatlichen Zuweisungen für den ÖPNV in Bayern in den Jahren 2023 sowie 2024 waren und 2025 geplant sind, in welcher Höhe sind die pauschalen Zuweisungen im Jahr 2025 der Staatsregierung für die Stadt sowie den Landkreis Ansbach für den ÖPNV im Entwurf des Nachtragshaushaltes eingeplant und warum reagiert die Staatsregierung im Entwurf des Nachtragshaushaltes nicht auf die stark gestiegenen Kosten der Landkreise und kreisfreien Städte im Bereich ÖPNV, die teilweise eine Verdopplung der Kilometerpreise im Jahr 2024, teure Notvergaben durch Rückgaben des eigenwirtschaftlichen Betriebs und Defizite in Millionenhöhe für die Träger zu tragen haben?

Arif Taşdelen
(SPD)

Da der Verfassungsgerichtshof Baden-Württemberg mit Urteil vom 12.07.2024 (Az. 1 GR 24/22) entschieden hat, dass die im Land Baden-Württemberg bestehende Regelung zur Gewährung eines nur anteiligen Kinderzuschlags im Rahmen der Beamtenbesoldung bei Teilzeitbeschäftigung beider Elternteile (sofern beide zusammen nicht die Arbeitszeit einer Vollzeitbeschäftigung erreichen) gegen das Gleichheitsgebot verstößt, und für Beamtinnen und Beamte in Bayern mit Art. 35 Abs. 5 Bayerisches Besoldungsgesetz eine entsprechende Rechtslage besteht, frage ich die Staatsregierung, wann die (verfassungsrechtliche) Prüfung abgeschlossen sein wird, welche Lösungsmöglichkeiten zeichnen sich für die künftige Gewährung des Kinderzuschlags (im Rahmen des Orts- und Familienzuschlags) für Eltern in Teilzeit (die beide zusammen nicht die Arbeitszeit einer Vollzeitbeschäftigung erreichen) ab und wann soll eine entsprechende Anpassung der Besoldung in Bayern erfolgen?

Gabriele Triebel
(BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, wann die Förderrichtlinie für die Säule I des Startchancenprogramms in Bayern fertiggestellt wird (bitte Datum nennen), inwiefern werden besonders finanzschwache Kommunen in dieser Förderrichtlinie berücksichtigt und wann können Mittel für die Säule ausbezahlt werden?

Ruth Waldmann

Ich frage die Staatsregierung, warum die „Kosten des/der Beauf-

- (SPD) trugten für das Ehrenamt“ im Haushalt 2025 von 68.000 Euro um 62.000 Euro erhöht und damit fast verdoppelt wurden, für welche konkreten Zwecke die Gelder veranschlagt werden und welcher Anteil des Budgets für Öffentlichkeitsarbeit verwendet wird?
- Laura Weber**
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Ich frage die Staatsregierung, wie viele Wolfssichtungen und Wolfsvorkommnisse/-risse (sowohl bei Nutztieren als auch bei Wild) es in den vergangenen 3 Jahren im Umkreis der Gemeinde Markt Kirchenthumbach gegeben hat (bitte genaue Aufschlüsselung mit Datum und Art der Sichtung/Vorkommnis), wie schätzt die Staatsregierung die Situation bezüglich Wolfsvorkommen im Umkreis der Gemeinde Markt Kirchenthumbach ein und wann rechnet die Staatsregierung mit dem Erreichen des günstigen Erhaltungszustands, der die Voraussetzung für aktives Bestandsmanagement ist?
- Dr. Sabine Weigand**
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Ich frage die Staatsregierung, welche Unternehmen in der Nordoberpfalz aktuell Insolvenz angemeldet haben, wie hat sich die Zahl der Arbeitsuchenden seit 01.01.2024 im Vergleich zu Gesamtbayern entwickelt (bitte aufschlüsseln nach SGB II und SGB III) und wie ist die Diskrepanz zwischen offenen Ausbildungsplätzen und Ausbildungssuchenden, die keinen Ausbildungsplatz finden, in der Nordoberpfalz?
- Katja Weitzel**
(SPD) Ich frage die Staatsregierung, wie viele Studentische Hilfskräfte an allen bayerischen Hochschulen im Verwaltungsdienst eingesetzt werden, nach welchen Kriterien die Hochschulen entscheiden, welche Stellen mit einer Studentischen Hilfskraft besetzt werden, und in welchen Fällen die Staatsregierung es für gerechtfertigt hält, dass Studentische Hilfskräfte in der Verwaltung eingesetzt werden?
- Christian Zwanziger**
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Nach Fertigstellung der Brücke der Autobahn 3 über die Staatsstraße 2763, die eine Radverkehrsführung entlang der Staatsstraße erlaubt, und dem dringenden Wunsch der betroffenen Gemeinden folgend frage ich die Staatsregierung, für wann der Lückenschluss des Radwegs Mühlhausen – Höchstadt (Teilstück Schirnsdorf – Nackendorf) entlang der Staatsstraße 2763 geplant ist, der durch die Fertigstellung der Autobahnbrücke der A3 an dieser Stelle nun ohne Weiteres möglich geworden ist (bitte auch auf zugrundeliegende Programme und hinterlegte Haushaltsmittel eingehen), welche Möglichkeiten sieht die Staatsregierung, die Marktgemeinde Mühlhausen zu unterstützen, sollte diese den Radwegebau im genannten Abschnitt als Sonderbaulastträgerin schultern (bitte insbesondere auf die zu anspruchsvollen Fristen von möglichen Förderprogrammen zur Fertigstellung des Bauprojektes eingehen), und wie ist die grundsätzliche Bereitschaft der Staatsregierung, auf Wunsch von betroffenen Gebietskörperschaften auch Radwegführungen in ihrer Planung zu berücksichtigen und gleichberechtigt mit dem Bau von Radwegen entlang von Staatsstraßen zu behandeln, die nicht unmittelbar dem Verlauf der jeweiligen Staatsstraße, sondern einer für Radverkehr geeigneteren Trasse folgen, als Verbindungsstrecke für den Radverkehr aber

dieselben Orte erschließen und somit denselben Zweck erfüllen?